

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskollegen, liebe Soltau,

Auch die Gruppe Bürger Union FDP bedankt sich bei Ihnen, Herr Bürgermeister und Ihrem gesamten Team für die wir stellvertretend Herrn Holdorf und Frau Schlötte nennen wollen, für ein transparenten und sehr frühzeitig eingebrachten Haushaltsplan für das Jahr 2024. So etwas haben wir seit vielen Jahren nicht erlebt. Vielen Dank dafür.

Das zu Ende gehende Jahr 2023 wird die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben. Dennoch stehen wir hier vor Ort vor einem Finanzprobleme. Der Haushalt ist nicht ausgeglichen und wie Sie bereits gehört haben, werden CDU und SPD gemeinsam an der Steuerschraube drehen. Wir sind in weiten Teilen mit den vorgeschlagenen Steuererhöhung und den damit verbundenen erheblichen Belastungen der Bürger und Firmen nicht einverstanden. Denn die Finanzprobleme, von denen wir jetzt stehen, sind nicht durch Entscheidung oder Maßnahmen verursacht, die von Stadtverwaltung oder diesen Rates beschlossen wurden. Jahr für Jahr in immer stärkeren Maße werden wir von Bund und insbesondere dem Land mit Aufgaben, für die keine adäquate Finanzierung zur Verfügung gestellt wird, belastet. Das so genannte Konnexität Prinzip, wer die Musik bestellt, muss sie bezahlen wird vom Bund und Land immer weniger eingehalten. Die entstandene Finanzierungslücke verbleibt bei der Kommune, d.h., in der Praxis: Man verlangt von uns die Gelder zu beschaffen für Segnung, die die Bundes- und Landesregierung beschließen. Das ist kein fairer Umgang auf Augenhöhe. Wir fühlen uns von der so genannten großen Politik in diesem Bereich missbraucht. Ständig werden neue Aufgaben kreiert, die in der kommunalen Verwaltung umgesetzt werden müssen, ohne dass dafür die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir sehen durch dieses Verhalten der Regierung die kommunale Selbstverwaltung in hohem Maße bedroht! Bei Bund und Land herrscht ein gewisser Fördermittel-Wahnsinn. Ständig gibt es neue Programme. Das gesamte Verfahren ist inzwischen absolut unübersichtlich geworden für die Mitarbeiter in unserem Rathaus, die die Sachen umsetzen sollen. Es gibt zu kurze Fristen, zu komplizierte Anträge, zu komplizierte Nachweise, zu häufige Mittel Rückforderung, weil irgendwelche Kleinigkeiten im Nachweis fehlen oder Fertigstellung um einige Tage überzogen wurden. Von Bürokratieabbau wird immer geredet. Ergebnis sind beständig neue Vorschriften und Vorgaben. So kann es nicht weitergehen. Wir sehen durch diese Maßnahmen von Bund und Land, die kommunale Selbstverwaltung in höchstem Maße bedroht, der Staat entfernt sich immer weiter von seinen Bürgern. Basis der Demokratie ist das Verständnis der Menschen mit und zu ihrer Kommune. Das beschädigen Bund und Land zur Zeit. Das ist das ist aktive Wahlhilfe für die Parteien am Rande der Demokratie.

Im Vorbericht des Haushaltsplan 2024. Meine Damen und Herren, finden Sie auf Seite 38, die Darstellung der heutigen Situation. Einem Mittelfehlbedarf von circa 4,7 Millionen €, stehen coronabedingte Steuerausfälle und Ukraine bedingte Mehraufwendungen von 3,4 Millionen € gegenüber, so dass ein auszugleichender Fehlbetrag Betrag von 1,3 Millionen verbleibt. Inzwischen liegen neuere Zahlen vor: zwar gibt es etwas weniger zu Anteil an der Einkommensteuer, dafür höhere Anteile an der Umsatzsteuer. Die Vergnügungssteuer, die Hundesteuer und die erhöhten Schlüsselzuweisungen machen insgesamt ein Plus von fast 400.000 € aus, verbleibt nunmehr ein Defizit von sagen wir rund 900.000 €. Wenn wir nun noch die Grundsteuern um 60 Punkte erhöhen, verbessern wir die Einnahmen um weitere ca 700.000 €. Es verbleibt ein Fehl Bedarf von circa 200.000 €, der sich leicht durch eine Pauschalkürzung aller angedachten Haushalt Positionen um 0,2 % ausgleichen ließe. Warum die Grundsteuer Erhöhung? Die Grundsteuer ist seit Jahren seit 2015 in ihrer Höhe für Eigentümer und Mieter Konstant geblieben. Es erfolgte keine Anpassung an die allgemeine Preisentwicklung. Durch unseren Antrag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sind

alle Einwohner von diesen teilweise recht großen Belastungen befreit und das muss teilweise über die Grundsteuer mit abgedeckt werden. Diese moderate Anpassung ist also vertretbar. Die dargestellten Zahlen zeigen also, dass eine Steueranhebung in dem von Ihnen gewünschten Maße überhaupt nicht nötig ist. Moderate Anhebungen bei der Grundsteuer, etwas intensiver bei Vergnügungs- und bei Hundesteuern sind völlig ausreichend. Die Hundesteuer ist seit über 20 Jahren nicht angepasst worden und sie auch noch einen regulieren Effekt haben.

Die CDU hat im Zeitungsbericht von heute schon signalisiert Diskussion zum Soltauer Haushalt. Zwecklos. Wir stehen zu den Steuererhöhung. Andererseits, so zitiert sie der Heidekurier, sagen Sie, wir müssen die Gastronomie weiter unterstützen. "Der reduzierte Umsatzsteuersatz muss auch nach dem 1. Januar 2024 weiter gelten. Alles andere wäre für unsere Gastronomie untragbar und nach den schweren Jahren der Pandemie eine Katastrophe. Die Entlastung wird gebraucht". Zitat Ende. Das ist ihre Aussage aus der letzten Woche. Dann drehen Sie sich um und erhöhen in der folgenden Woche die Grundsteuer, die Gewerbesteuer für die Gastronomie und die auf Seite 27 des Haushaltsplanes aufgeführte Fremdenverkehrsabgabe oder Tourismus-Steuer, die noch dieses Jahr eingeführt werden soll, beschließen Sie als ergänzende Belastung gleich noch mit. Dazu hätten wir in ihrer Haushaltsrede gerne einige Anmerkung gehört. Wer soll sie hier noch verstehen und wie weit ist das mit Aufrichtigkeit in der Politik vereinbar? Das ist verdeckter Wahlkampf für die AfD? Noch eine Anmerkung zur Gewerbesteuer: 81 % aller Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland haben einen Gewerbesteuerhebesatz von unter 400 %. Soltau soll nun nach dem Willen von CDU, SPD und Grünen darüber liegen. Wir haben hinreichend dargelegt, warum diese Steuererhöhung nicht erforderlich ist. Alternativen, wie zum Beispiel die Ausstellung eines Haushalt-Sicherung-Konzeptes wurden überhaupt nicht versucht, sondern sie greifen lieber gleich zum Instrument der Steuererhöhung. Von den 941 Kommunen im Land. Niedersachsen sind bis auf eine Handvoll alle in finanziellen Schwierigkeiten, die sie nicht selbst zu verantworten haben. Und da meine Damen und Herren wäre es eigentlich ihre Pflicht, insbesondere wenn sie Mitglieder der SPD und der Grünen sind auf ihre Landesregierung einzuwirken, sich endlich an das Konnexitätsprinzip, dass ich anfangs erwähnt hatte, zu halten Schließlich gibt es in 941 Kommunen jawohl mehr SPD und Grüne Mitglieder als im Landtag Abgeordnete dieser beiden Parteien vertreten sind. Da müsste sich eigentlich etwas machen lassen! Aber auch hier: Sie tun nichts, sondern wollen hier die Steuern erhöhen.

Noch einige Anmerkungen zu den Steuererhöhungen, die sie heute durchdrücken wollen: zum Beispiel bei der Grundsteuer B zahlen Soltauer im Schnitt, 187 € pro Jahr pro Einwohner. Der Landesschnitt liegt fünf Euro darunter, d.h., Hier sind unsere Bürger damit stärker belastet, als es in Niedersachsendurchschnitt der Fall ist. Nach der heute angedachten Erhöhung oder die von Ihnen beschlossene Erhöhung wird man pro Einwohner in Soltau bei circa 220 € pro Jahr liegen. Das statistische Landesamt Niedersachsen schreibt, dass das verfügbare Einkommen in Soltau circa 13 % unter dem Landesdurchschnitt liegt. Mit den von Ihnen beschlossenen Steuererhöhungen werden wir noch weiter unter Landesdurchschnitt liegen.

Wir haben ihn dargelegt, warum eine Steuererhöhung in dem angedachten Maße zur Zeit für Soltau nicht nötig ist. Wir haben ihn Alternativen zur Steuererhöhung (Haushalt, Sicherung Konzept) dargestellt, und wir haben ihn dargestellt, welche Probleme sich für Soltau, Betriebe und die Einwohner ergeben. Mit den Steuererhöhungen werden Sie uns weiter von der wirtschaftlichen Entwicklung im Lande abhängen. Gern würden wir das mit Ihnen noch in einer anderen Sitzung diskutieren, deshalb beantragen wir das heute kein Beschluss zum Haushalt 2024 gefällt wird, sondern die Entscheidung vertagt wird. Für den Fall, dass sie diesem Antrag nicht zustimmen, haben wir folgende Änderungsanträge zu dem Ihnen vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung: zu eins: die Hebelsätze für Grundsteuer A und B werden um 60 von Hundert auf 440 erhöht. Zweitens: der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird nicht erhöht. Drittens bleibt unverändert. Viertens bleibt unverändert. Fünftens kann unser Ansicht nach auch beibehalten werden, wenn Punkt eins Grundsteuer A und B erhöht werden sollten. Alternativ dazu kann ein Haushalt Sicherung-Konzept aufgestellt werden. Sechstens: die Haushaltssatzung wird mit den oben angeführten Änderungen

beschlossen und der Haushaltsplan samt Ergebnis und Finanzhaushalt wird mit den oben beschlossenen Änderungen beschlossen

Also, meine Damen und Herren, lassen Sie den heutigen Tag nicht zu einem schlechten Tag für die Soltauer werden.